

Grundsatzdebatte zur Steuergesetzrevision, Abbaupaket, Voranschlag 2018 und Finanzplan

Fraktionserklärung der SP-Fraktion des Grossen Rats Kanton Bern von Ursula Marti

Frau Präsidentin, Frau Finanzdirektorin, Kolleginnen und Kollegen

Diese Finanzdebatte, die heute startet und die nächsten Tage andauern wird, ist ein Tiefpunkt in der jüngsten Geschichte des Kantons Bern. Das Ganze nahm seinen Anfang im Juli 2016, nach dem Regierungswechsel. Seit dann ist die bürgerliche Regierungsmehrheit am Hebel der Macht, seit dann weht ein kalter sozialpolitischer Wind im Kanton Bern: Sofort wurde die Steuerstrategie mit zusätzlichen Unternehmenssteuersenkungen verschärft, die Motorfahrzeugsteuern wurden herausgekippt, das Sozialhilfegesetz wurde umgekrempelt – die SKOS-Richtlinien sind nichts mehr Wert. Und, um die Unternehmenssteuersenkungen zu finanzieren, wurde ein rigoroses, schmerzhaftes Abbauprogramm bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, den sozialen Angeboten aufgezogen.

Ein Abbau, der nicht nur die Schwächsten trifft – Kinder, Jugendliche, Familie, alte Menschen, Kranke, Behinderte, Armutsbetroffene, Arbeitslose, Geflüchtete. Ein Abbau, der auch breite Teile der Bevölkerung trifft.

Ein Abbau, der engagierte Arbeitnehmende in der Pflege, Betreuung, Bildung, im Staatsdienst, viele gemeinnützige Organisationen sowie viele Freiwillige vor den Kopf stösst.

Und als wärs nicht genug, noch das: Die Regierung senkt die Prämienverbilligungen von Neuem – obwohl das Berner Volk mit dem Referendum von 2016 deutlich sagte, dass es keine Senkungen mehr erträgt. Alle ächzen unter der Prämienlast, viele Leute können die Prämien schlichtweg nicht mehr bezahlen.

Die SP distanziert sich in aller Form von dieser Politik, die gegen die Interessen der Bevölkerung und gegen die Solidarität in der Gesellschaft gerichtet ist. Eine Politik – das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden – die der Entwicklung des Kantons Bern schadet, indem man die Bildung schwächt, die wichtigste volkswirtschaftliche Ressource. Und indem man die Innovation und Entwicklung in der Gesundheits- und

Medizinalbranche schwächt, jener Branche, die für den Kanton Bern besonders wichtig ist.

Mit diesem Abbau, dieser regelrechten Rosskur, wird viel Gutes vernichtet, viel Lebensqualität geht verloren, der Kanton Bern verliert an Attraktivität. Das wird sich auch wirtschaftlich negativ niederschlagen. Man leistet im übrigen auch der Zentralisierung Vorschub, genau das, was die Ober-Abbauer hier im Saal eigentlich verhindern möchten und wogegen sie sich jetzt als Retter aufspielen. Das zeigt, wieviel Widersprüchliches und Verlogenes mit dem Abbau verbunden ist.

Was uns hier finanzpolitisch vorgelegt wird, ist nicht unsere Politik, die SP-Fraktion lehnt die Geschäfte dezidiert ab. Nicht nur die Abbaumassnahmen aus dem Entlastungspaket sondern auch die völlig deplatzierte, nicht gegenfinanzierte Unternehmenssteuersenkung – die Ursache für diesen Abbau. Sie erfolgt trotz des klaren USB3-Volks-Neins, noch bevor die neue Steuervorlage 17 des Bundes definiert ist. Wir wissen also nicht, ob und wie hohe Kompensationszahlungen der Kanton Bern erhält.

Zudem wissen wir, dass es andere Faktoren sind – Fachkräftemangel, Frankenstärke, enge Raumverhältnisse – die den Firmen das Leben schwer machen, nicht die Steuern. Nur wenige grosse Firmen würden von Steuersenkungen profitieren. Im Gegenzug würden die Städte – die Wirtschaftsmotoren des ganzen Kantons – darunter leiden.

Zum Voranschlag und Finanzplan: Es ist für uns sehr störend, dass die Steuereinnahmen Jahr für Jahr zu tief budgetiert werden und wir Jahr für Jahr Ertragsüberschüsse verzeichnen. Es ist für uns inakzeptabel, massiv Leistungen abzubauen und gleichzeitig Überschüsse zu schreiben, so wie das für die nächsten Jahr geplant ist. Wir stehen dem Voranschlag und dem Finanzplan mit all diesen Abbaumassnahmen ablehnend gegenüber. Gegen ungebührliche Gesetzesänderungen werden wir das Referendum ergreifen.

27.11.2017/UM